

**Zeitschrift:** Der neue schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 3 (1800-1801)  
  
**Rubrik:** Gesetzgebender Rath

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



der Handänderungsgebühr gleichkommende Geldbuße bezahlen.

90. Wenn bey einer Handänderung von Liegenschaften durch die Parteyen eine falsche oder dem wahren Werthe des handändernden Gegenstandes nicht gleichkommende Anzeige gemacht, oder irgend ein Mittel gebraucht würde, der Bezahlung der Handänderungsgebühr oder eines Theiles derselben auszuweichen; desgleichen, wenn diese falsche Anzeige durch diejenigen, welche die Handänderungssakte ausfertigen, oder durch einen öffentlichen Beamten begünstigt, oder im Falle, daß sie Kenntnis davon hätten, nicht angezeigt würde, so soll jeder Fehlbare eine der vom betreffenden falsch angegebenen Gegenstände zu entrichtenden Handänderungsgebühr gleichkommende Geldbuße bezahlen und die Notarien oder öffentlichen Beamten, welche an diesen Uebertretungen Antheil genommen haben, sollen überdies nach der Strenge des Gesetzes verfolgt werden.

## VII.

In Betreff des Abzugs von den Entschädnissen der öffentlichen Beamten.

Art. 91. Dieser Abzug, welchen der Artikel 38 des Gesetzes vom 15. Christmonat festsetzt, soll vom 1. Jan. 1801 an bezogen werden.

Die Grundlage dieser Abgabe soll der jährliche Betrag des Gehaltes seyn, er möge Tag- Wochen- Monats- oder Jahrweise bestimmt seyn, in Geld, oder Früchten, oder Wohnungen, oder in sonst irgend etwas bestehen, und veränderlich oder unveränderlich festgesetzt seyn.

92. Alle diejenigen, welche die Gehalte oder Entschädnisse ausbezahlen haben, oder welchen die Beamten oder Angestellten dieselben an dem durch sie selbst eingezogenen Geldern abrechnen, sollen diesen Abzug besorgen, und im Falle, daß sie ihn veräumen würden, sollen sie dafür verantwortlich seyn und ihn selber bezahlen.

(Die Forts. folgt.)

Gesetzgebender Rath, 21. März.

(Fortsetzung.)

(Fortsetzung der Berichte der Petitionencommission.)

3. Inner dem isolierten Bezirk der Berggemeinde Fahrneren, Distr. Wangen, liegen Weitweiden und Waldungen, deren in Rechtsamen eingetheilte Benutzung seit undenklichen Zeiten ein ausschließliches Vorrecht der dortigen Bürgerschaft war. Schon frühe-

staltete die Gemeinds-genossenschaft von Fahrneren und ihre Obrigkeit, daß die Wohlfahrt dieser entlegenen Gemeinde auf der unzertrennlichen Verbindung des dasigen Güterbesitzes (in welchem damals auf dem Lande zugleich das Ortsbürgerrecht begriffen war) mit dem Weidrecht beruhe, daher bereits im Jahr 1575 dieser Gemeinde der Bürgerzug gegen Aufferer hochobrigkeitlich erteilt wurde. Dieser Bürgerzug ward auch in dem nemlichen und folgenden Seculis ferner bestätigt und auf eine frisch acquirierte Weitweide ausgedehnt. Im Jahr 1777 schlossen endlich, aus Anlaß einiger Mißhelligkeiten, die Gemeinds-genossen mit den Aufferen folgenden Vergleich: der die Aufferen, die Weidrechte hinleihen oder ihr Weidrecht durch Andingung fremder Waare äßen wollten, den Bürgern den Vorzug zu erteilen verpflichtete. Hingegen thaten die Bürger Verzicht auf ihren Zug in allen Fällen, wo die Weidrechten zugleich mit den Gütern veräußert werden. Endlich machten sich die Gemeinds-genossen noch anheischig: aus ihren (dermalen durch Feuerbrünste erschöpften) Gemeindswaldungen den Aufferen, die inner ihrem Gemeindsbezirk Haus und Güter besitzen, Bau- und Zerrungsholz, und wann der Aufferer auf seinem Gut wohnt, sogar auch Brennholz, durchaus wie einem Bürger, zu geben.

Mitteltst dieses Vergleichs glaubte die Bürgerschaft von Fahrneren durch die Aufopferung eines Theils sowohl ihres Rechts als ihres Guts, mit allseitiger Einstimmung die Verbindung der Güter mit den Weidrechten, als der Grundlage ihres Wohlstandes, auf immer gesichert zu haben. Nun aber wollen die Aufferen denjenigen Theil des Vergleichs, der das Hingleihungs- und Veräußerungsrecht ihrer Weidrechten einschränkt, nicht respectiren, weil aller Bürgerzug durch das Gesetz vom 31. August 1798 aufgehoben sey; hingegen wollen sie den der Gemeinde lästigen und ihnen den Aufferen vortheilhaften Theil des Vergleichs, nemlich die Beholzung aus der Gemeindswaldung, behalten wissen. Dieser Präension der Aufferen setzt die Gemeindsbürgerschaft folgendes Alterutrum entgegen: Entweder bezieht sich das Gesetz vom 31. August nur auf allgemeine Rechte und Concessionen, nicht aber auf besondere Vergleiche, die in die Kategorie der Bilateralcontracten gehören; oder wenn sich das Gesetz auch auf diese letzteren beziehen soll, so muß es nicht nur einen Theil, sondern den ganzen Vergleich zernichten. Im erstern Fall bleibt unter den im Vergleich enthaltenen Bedingungen der Bürgerzug; im andern Fall aber



ist die Gemeinde Fahrneren den Aussen keine Beholzung mehr schuldig. Zu Ausmeidung von weitläufigen Rechtsstreitigkeiten bittet sich die Gemeinde Fahrneren als Erläuterung des Gesetzes vom 31. August den Entscheid von der Gesetzgebung aus.

Die Pet. Commission rathet an, diese in das juridische Fach einschlagende Frage der Civilcommission zur Untersuchung zu überweisen. Angenommen.

4. Die Gemeinde Sewen, Distr. Dornach, beauptet, in Berufung auf das Zeugniß des damaligen Reg. Commissairs B. Hubers, daß sie an der No. 1799 im Canton Solothurn stattgehabten Empörung keinen Antheil genommen habe und bittet daher um Befreyung der ihr auferlegten Insurrektionsbuße von 210 L., oder wenigstens, als eine sehr arme Gemeinde, um Nachlaß eines Theils derselben.

Im Vertrauen auf die Sachkenntniß und die Gerechtigkeit des Volkz. Rathz, trägt die Pet. Commission darauf an, diese Bittschrift an denselben zu verweisen. Angenommen.

5. In der Gemeinde Hütlingen ist es alten Herkommens, daß die Nutzung des gemeinen Landeigenthums periodisch alle 18 Jahre unter die vorhandenen Hausväter vertheilt wird, doch so, daß jeder progressive erst nach 18 Jahren seiner haushällichen Niederlassung, den vollen Genuß an dem Gemeindgut erlangt. Von 33 Hausvätern, so das Gemeindcorps dermalen bilden, wollen 29 bey dem alten Herkommen verbleiben, 4 aber verlangen: daß von der letzten Verloosung an zu rechnen, die Looszeit von 18 auf 9 oder 12 Jahre reduziert werde. Diesen Streit entschied die Verwaltungskammer vom Thurgau dahin: Daß, nach Ausgange der bereits laufenden Looszeit, die Dauer ferner von 18 auf 9 Jahre reduziert seyn soll. Die 4 aufgetretenen Bürger, unzufrieden über diesen Entscheid, verlangen in Correction desselben den Zuspruch ihres oberwähnten Begehrens von der Gesetzgebung.

Da dieser Streit von der competierlichen Behörde entschieden ist, und die allfällige Weiterziehung nicht an den gesetzg. Rath, sondern an die Vollziehung gehet, so wird nach dem Ermessen der Pet. Commission, der gesetzg. Rath in die Bittschrift der 4 Bürger nicht eintreten. Angenommen.

6. In einer ausführlichen Vorstellung (von welcher mehrere Doppel vorhanden sind und also eines zu jedermanns Einsicht auf dem Cantlentisch liegen bleiben kann) stellt B. Jakob Claus, alt Statthalter zu Saffemwyl,

Distr. Zosingen, E. Aargau, in ihren Hauptzügen folgende merkwürdige Geschichte auf: Unterm 6. Nov. 1798 ward aus Anlaß der Elitenaufzeichnung, in Erwartung des B. Unterstatthalter Müllers, zu Saffemwyl eine Gemeindeversammlung abgehalten. Die damals vorgefallene öffentliche Deliberation beschloß der Exponent, als damaliger Municipal, nach seiner Sage, mit folgenden Worten: „Ich meines Theils weiß wohl, was ich thun will: ich und mein Haus wollen dem Herren dienen, und wer mit mir eines Sinnes ist, der stehe auf und spreche Ja und Amen!“

Ohne daß diese Rede damals einiges Aufsehen oder Ahndung erregte, gieng die Versammlung auseinander. Einige Zeit nachher warf das blinde Loos den Metzger Rudolf Matter, den sich so nennenden Hauptpatriot von Saffemwyl, unter die 18000 Mann Hilfstruppen. Der Matter wollte das auf ihn gefallene Loos entkräften und schalt den Petent, der dieß nicht zugeben wollte, öffentlich einen Schelm und Vaterlandsverrätther. Für diese qualifizierte Scheltung faßte der Petent mit einer Injurienklage den Matter ins Recht. Matter, statt den eröffneten Rechtsgang zu befolgen, verband sich mit einigen seiner Vertrauten und denunzierte, in Berufung auf 4 genannte Zeugen, schriftlich den Petent unterm 29. April 1799 vor dem Kriegsgericht zu Aarau, er habe 5 Monate vorher bey erwähneter Gemeindeversammlung folgenden aufrührischen Antrag gemacht: „Wenns allen ist wie mir, so wollen wir Hand in Hand schlagen und uns wehren bis auf den letzten Tropfen Blut, und keinen Mann einschreiben lassen. Es müsse kein Mann zum Dorfe hinauß, sie wollen sich im Dorfe wehren. Wer das begehrt, der stehe auf und hebe die Hand empor und spreche Ja und Amen.“

Nachdem sich das Kriegsgericht durch die vorläufige suggestive Verhör von 5 Zeugen, von welchen 4 die Anzeige bejahten, von der Wahrhaftigkeit der Denuntiation versichert hielt, ward der Petent unterm 9. May gefänglich eingezogen.

(Die Fortsetzung folgt.)

## D r u c k f e h l e r.

In St. 300. Seite 1247. Sp. 2. Zeile 5. von unten, st a t t ihre Mittel, l i e ß ihre ererbte Mittel.

1248. Sp. 1. Z. 21. l i e ß noch vollends, so daß auf der einen Seite u. s. w.



# Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Usteri.

Freitag, den 17 April 1801.

Viertes Quartal.

Den 27 Germinal IX.



## An die Abonnenten.

Da mit dem Stück 112, das vierte Quartal des neuen Schw. Republikaners zu Ende geht, so sind die Abonnenten ersucht, wann sie die Fortsetzung ununterbrochen zu erhalten wünschen, ihr Abonnement für das fünfte Quartal ungesäumt zu erneuern.

Die Stempelgebühr, welcher von nun an die Zeitungsblätter unterworfen sind, macht eine Erhöhung des Preises derselben unvermeidlich. Das Abonnement für das fünfte Quartal ist also 4 Fr. 5 Bg. in Bern, und 5 Fr. 5 Bg. außer Bern, wogegen der Republikaner postfrei geliefert wird. Die Abonnenten werden leicht bemerken, daß bey dieser sehr mäßigen Preis-  
erhöhung, mehr als ein Drittel der Stempelgebühr von dem Verleger selbst getragen wird.

Der Neue Schweizerische Republikaner ist die Fortsetzung folgender Blätter, von denen noch Exemplare um bezeugte Preise zu haben sind:

Der Schweiz. Republikaner, 3 Bände, jeder zu 8 Fr.

Supplement dazu 2 Fr.

Neues helvetisches Tagblatt, 2 Bände, jeder zu 6 Fr.

Neues republikanisches Blatt, 1 Band, 4 Fr.

Neuer schweizerischer Republikaner 4 Quartale, jedes zu 4 Fr.

Die Lücken, die sich zwischen diesen Sammlungen finden, sollen in einigen Supplementheften nachgeliefert werden, sobald sich eine hinlängliche Zahl Abonnenten für diese Supplemente gefunden hat. Man pränumerirt für das erste Heft mit 3 Fr. bey dem Herausgeber oder bey J. N. Doh.

Von den Registern zu obigen Sammlungen sind bis dahin drey zu den 3 Bänden des schweizerischen Republikaners und dasjenige zum ersten Band des Tagblatts erschienen: die übrigen sollen nachfolgen.

## Gesetzgebender Rath, 21. Merz.

(Fortsetzung.)

(Beschluss des Berichts der Pet. Commission über die  
Bittschrift des Jakob Claus von Saffenhyl.)

Dieses erregte bey dem allgemeinen Bewußtseyn  
der Unschuld des Petenten, zu Saffenhyl eine solche

Indignation, daß bereits unterm 10ten May durch ein von ihnen unterschriebenes Zeugniß, 72 Bürger von Saffenhyl die Falschheit der Anzeige und die Schuldlosigkeit des Petenten erklärten. Auf dieses Zeugniß wollte aber das Kriegsgericht, dem es sogleich vorgelegt wurde, aus Grund: es sey vorlaut, keine Rücksicht nehmen, sondern ließe noch den nemlichen Tag den Petent, wie er sagt, in einen die Menschheit empörenden Kerker werfen; daselbst auf barbarische Art gehalten, ward er endlich (nichts von dem Zeugniß der 72 Männern wissend) durch diese schändliche Behandlung, fürchterliche Drohungen und treulose Gnadversprechungen geängstigt, zu dem falschen Geständniß gebracht: Des Manners Denunziation sey Wahrheit. Audiemeil hierauf der alte, in seinem Gefängniß erkrankte, Petent ins Lazareth gebracht wurde, so beschied unterm 22. May das Kriegsgericht die 72 Männer, so das Zeugniß für die Unschuld des Petenten ausgestellt hatten, vor sich, und nachdem sie sämtlich, ungeachtet aller Zumuthungen und Drohungen, auf der Wahrhaftigkeit ihres Zeugnisses beharrten, ward ihr Zeugniß von dem Kriegsgericht als wahrheitswidrig und strafwürdig erklärt und die sämtlichen Signatäre zu einer Strafe, insbesondere ein Häfiker als Agent mit einer schweren Strafe belegt, und überdieß noch von dem Kriegsgericht 6 Geiseln von Saffenhyl in Arrest gesetzt, „die „mit ihrem Leib und Vermögen sowohl für die Geld- „bußen als das ruhige Betragen ihrer Gemeindeglieder „gustehen sollten.“ Am 28. May dann verurtheilte das Kriegsgericht den Petent zu einem jährigen Festungsarrest und einer Buße von 200 Ldor. zu Handen der Republik samt Bezahlung der Verhaftungskosten. Unterm 12. Juli 1799 ward aber der Festungsarrest in eine Gemeindegelöbungs- und die Buße von 200 Ldor. in eine Buße von 1000 Franken verwandelt. Gerichte



lich um Erlegung dieser 1000 Fr. betrieben, bewarb sich unlängst der Petent bey dem Vollz. Rath um Nachlass dieser Buße. Nach angehörtem Bericht des Reg. Statthalters und der Verwaltungskammer des C. Argau ward aber der Petent in seinem Begehren abgewiesen. An Sie, B. Gesetzgeber! wendet sich, auf diese Angaben gegründet, zuletzt der Petent mit der Bitte, daß Sie entweder ihn von der Bußforderung der 1000 Fr. befreien oder ihm eine Revision seiner Prozedur vor dem kompetentlichen Richter bewilligen. Da das erstere, so lange das kriegsgerichtliche Urtheil besteht, als Begnadigung nicht anders als auf den Vorschlag der Vollziehung geschehen könnte, so rathet Ihnen Ihre Vet. Commission an, den 2ten Theil der Bitte der Criminalcommission zur Untersuchung zu überweisen, indessen aber durch eine Einladung an die Vollziehung den Befehl an den Cantonsstatthalter von Argau ergehen zu lassen, daß mit der gerichtlichen Bußbetreibung gegen den Petenten bis auf den Beschluß des gesetzgeb. Rathes innegehalten werde. Angenommen.

7. Die Gemeindsgenossen von Ober- und Niederkreuzen im Distr. Gränningen, C. Zürich, die bisher nach Oetwyl kirchgehörig, aber nach Eslingen gerichtspflichtig waren, wünschten, von dem Reg. Statthalter unterstützt, aus mehreren speziösen Gründen, im Ganzen nur an ein Ort und zwar vorzüglich nach Oetwyl hinzugehören.

Die Vet. Commission trägt darauf an, dieses Begehren der Unterrichtscommission zu überweisen. Angenommen.

8. In einer Bittschrift (verfaßt von B. Ronca) beschwert sich Karl Rüdchler von Luzern 1) über die nachtheiligen Folgen des letzten Wirthschaftsgesetzes für die neuen Wirth; 2) über die Verhehlung oder vorsätzliche Nichtpublikation von Seitender Verw. Kammer zu Luzern eines Beschlusses des Vollz. Rathes, der in Form eines Schreibens des Ministers des Innern vom 3. Febr. 1801 den sämtlichen Verwaltungskammern mitgetheilt wurde und für die neuen Wirth die Erlaubniß enthielt, bis auf den 1. April 1801 ihren Gewerbe fortzusetzen, indessen dann sich um die Bestätigung ihrer Patente zu bewerben; 3) über die Partheylichkeit der Verwaltungskammer von Luzern, die, indem sie gestrenge ob der Abstellung der neuen Wirthschaften haltet, hingegen zu Neide, 3 Stunden von der Stadt, dem Pastor loci die Bewilligung erteilt, sein Wirthshaus in ein unbeschränktes Wirthshaus, wo ganze Nächte durch getauzt, geschwelgt und gespielt wird, zu verwandeln. Der Pe-

tent verlangt auf seine Verantwortung hin, daß die Wahrhaftigkeit dieser 3 Klagepunkten commissionalliter untersucht werde.

Vorausgesetzt, daß diese Beschwerden denjenigen, so sie inculpieren, mitgetheilt werden, rath die Vet. Commission, diese Bittschrift der Polizeicommission zu überweisen. Angenommen.

9. Einige Gemeindsgenossen der mittlern und ärmern Classe der Gemeinde Thundorf, Distr. Frauenfeld, beschwerten sich vorzüglich über das Benehmen ihrer Municipalität und beyläufig über die Connipenz der Verwaltungskammer. Die erste, sagen sie, suche durch mannigfaltige Ränke den wiederholten Beschluß von 3 aufeinander gefolgten Urversammlungen: den Befehlen und der Befehung des Ministers des Innern zufolge, die auf das Gemeindgut durch die Kriegs- und Revolutionsereignisse gesallene Schuldenlast durch eine Anlage nach dem Verhältniß des Vermögens zu tilgen — zu eludieren, und die zweite scheine der Municipalität ihre Hand zu bieten. Die Folge hiervon sey, daß bey Schonung der Reichen, der Mittlere das 20fache von seinem Vermögen, und der Arme bis auf Gulden 16 erlegen müßte. Ihr Schluß gehet auf Handhabung des Beschlusses der Urversammlung und demnach zu treffende Schätzung des Vermögens.

Die Vet. Commission trägt darauf an, dieses Begehren der Municipalitätscommission zu überweisen. Angenommen.

Die Criminalcommission trägt folgenden Gesetzborschlag an, der für 3 Tage auf den Kanzleytisch gelegt wird:

Der gesetzg. Rath — Auf den Antrag des obersten Gerichtshofs vom 9. Christm. 1800 an die Vollziehung und die beypflichtende Botschaft des Vollz. Rathes vom 10. Jenner lezthin an die Gesetzgebung, und nach Anhörung seiner Criminalgesetzcommission;

In Erwägung, daß bey dem Mangel eines Geschworenengerichts, das einzig nach seiner innern Ueberzeugung über Schuld oder Unschuld spricht und in Ermangelung einer endlichen Einrichtung der prinziplichen Rechtspflege, die den Richter in den Fällen, wo ein vollständiger strengrechtlicher Beweis gebricht, aber der höchste Grad des Verdachts auf dem Angeklagten liegt, zu außerordentlichen Maßregeln berechtigt, ein provisorisches Gesetz wenigstens in Betreff der Gefangenschaft, und Prozedurkosten erforderlich ist;

In Erwägung aber, daß bey der Anwendung dieses Gesetzes die richterlichen Behörden den Unglücklichen, der durch das Zusammentreffen zufälliger Umstände dem



Strafgericht in die Hände gefallen ist, von demjenigen sorgfältig unterscheiden sollen, der hingegen durch seine zweideutigen Handlungen, über die er selbst keine hinreichende Auskunft geben kann oder will, einen hohen Grad des Verdachts, ein im Gesetz bestimmtes Verbrechen begangen zu haben, auf sich geladen, und es daher dem Staat zur Pflicht gemacht hat, dem Grunde dieses Verdachts durch eine Prozedur nachforschen zu lassen, oder gar durch das Zusammentreffen von beschwerenden Indizien, Aussagen und Umständen, bey dem Richter die innere Ueberzeugung, das Verbrechen begangen zu haben, hervorgebracht hat;

beschließt:

1. In Fällen, wo es an einem strengrechtlichen Beweise der Schuld gegen einen Angeklagten gebricht, folglich die gesetzliche Straffe, welche auf dem Vergehen haftet, gegen ihn nicht ausgesprochen werden kann; hingegen aber der Angeklagte durch seine gefährlichen Handlungen gegründeten Anlaß zu seiner Verhaftung und Untersuchung gegeben hat, oder aber, vermöge der Indizien, Aussagen und Umstände, der Richter von der Schuld des Angeklagten, das ihm zur Last gelegte Vergehen begangen oder wissentlich daran Theil genommen zu haben, innigst überzeugt bleibt; so soll der Richter, vor dem der Prozeß verführt worden ist, berechtigt seyn, dem Angeklagten die Kosten seiner Verhaftung und der deßhalb verführten Prozedur aufzulegen.
2. Um in Rechtskraft erwachsen zu können, muß ein solcher Kostenpruch durch eine Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der anwesenden Richter des erstinstanzlichen Tribunals ausgefällt, und allemal motivirt werden.

(Die Fortsetzung folgt.)

## Kleine Schriften.

Es sind kurz nacheinander (den 7. und 11. April) dem gesetzgebenden Rathe zwei literarische Werke zugesandt worden, welche eine besondere Aufmerksamkeit zu verdienen scheinen, und deren Anzeige wenigstens jeden Physiker und Mathematiker interessieren wird.

Das eine ist das neue Zahlensystem, oder die Teliosadik des Prof. Wernburg, (zu Eisenach) welches in einem ersten Bande den reinen Theil der, anstatt auf 10, auf 12, gesetzten Zahlenordnung enthält, und statt Dekadik, Teliosadik heißt. Diese neue Zahl 10 + 2 nennt er Laun, und schreibt sie wie 10,

schaltet aber dabey noch 9 zwey andere Zahlen ein, die wie ein umgewendetes 3 und 9 geschrieben werden. In der That muß es jedem auch ungelehrten, der etwa mit Brüchen zu rechnen hatte, schon öfter aufgefallen seyn, wie unbequem die Dezimalrechnung darinn ist, daß ihre gleiche Theilung schon bey der zweyten Zahl in einen Bruch zerfällt, und daß nicht einmal der ganze Dritttheil ohne Bruchzahl dargestellt werden kann. Diesen und andern Unbequemlichkeiten helfen die Launordnung und die Launtelbrüche genuthuend ab, und der Verfasser stellt die Sache so deutlich dar, daß es jedem leicht werden muß, sogleich von seiner Erfindung Gebrauch zu machen. Vermuthlich zum Beweise dieser Brauchbarkeit sind schon die 55. und Blattseiten in seinem Werke so bezeichnet, welches dann überhaupt auch eine Dekonomie von einem Sechstheil in dem Ziffernschreiben gewährt. Ein bald folgender zweyter Band soll die Anwendung dieser Methode auf Maße, Gewichte, Münzen u. s. w. enthalten.

Ein anderes ganz einheimisches Produkt, ist die kleine neue Schrift des Oberberghauptmann Bild zu Ber: Essai sur un Prototype d'une mesure universelle, appropriée à l'Helvétie. Lausanne chez Vincent. 1801. 29 S. 8. Versuch über ein Vorbild zu einem allgemeinen Maße u. s. w.

In der ersten Abtheilung stellt er die Prinzipien auf, auf welche sich ein allgemeines Maß oder Meßsystem gründen soll, sucht dazu ein Vorbild, ein Urmaß, in der ganzen bekannten Natur auf, und schlägt hiefür den Durchmesser der Sonne vor.

1) Unter einem allgemeinen Maße ist dasjenige zu verstehen, „welches auf einer auf der ganzen bewohnten Erde genau bestimmbaren Grundlage beruht. Diese Grundlage muß in ihrer Wesenheit unveränderlich seyn, so daß nach ihren Bestandtheilen auf unserm Erdball alles ohne Ausnahme bestimmt gemessen werden könne.“ Hiefür ist die Wahl eben nicht sehr groß. Die Höhe des Quecksilbers im Barometer, an einem gegebenen Orte, (am Meerufer); der Pendel einer Sekunden-Uhr; endlich der neue französische Meter, als der vierzig millionste Theil des Erdmeridians — das ist es alles, was wir bis jetzt noch haben; aber wie wenig genügt es nicht? 2) Weil sich nun auf der Erde selbst nichts entsprechendes vorfand, so sah der Verfasser sich weiter um, und glaubt Mond und Sonne eignen sich besser dazu. Beide bezeichnen die Zeit, beide sind auf der ganzen Erde sichtbar, beide unveränderlich (oder so